

gehörigen zweckgebunden zur Verfügung stellen würde. Gleichfalls müssen Lösungen gefunden werden, um von der DDR bestellte Lieferungen von militärischen Ausrüstungsgütern aus der Sowjetunion möglichst ohne die Zahlung der Vertragsstrafe rückgängig zu machen.

Die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit hat eine über dieses Jahrhundert hinausführende Perspektive. Es gehört zu den Einsichten von Realpolitikern, daß erst ein vereintes Deutschland diese Perspektive voll zum Tragen bringen kann. So wird die Sowjetunion zu denen gehören, die mit der deutschen Vereinigung gewinnen. Zu Recht hat Außenminister Schewardnadse in seinem beachtenswerten Aufsatz in der „Prawda“ im Juni auf die europäischen Vorteile der deutschen Vereinigung hingewiesen, Vorteile also auch für sein Land.

Die Fraktion der Liberalen ist sich gewiß: Ein vereintes Deutschland, demokratisch und wirtschaftlich leistungsfähig, wird einen entscheidenden Beitrag zum Fortschritt und zum Wohle Gesamteuropas leisten können. - Ich danke.

(Beifall)

#### **Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Ich rufe nun von der Fraktion Bündnis 90/Grüne den Abgeordneten Poppe auf.

#### **Poppe für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Aktuellen Stunde am vorigen Freitag hatten wir den Wunsch geäußert als Fraktion Bündnis 90/Grüne, daß die heutige außenpolitische Erklärung des Ministerpräsidenten detaillierte Aufschlüsse geben möge über seine Vorstellungen hinsichtlich der erforderlichen nächsten Schritte zur Beendigung der europäischen Teilung und ihrer zeitlichen Abfolge.

Wir haben nun von ihm viele gute Absichten und Ziele vernommen. Ich begrüße ausdrücklich, daß hier noch einmal von ihm erwähnt wurden: die Unantastbarkeit der Grenzen, die Notwendigkeit der Veränderung sowohl der NATO als auch des Warschauer Paktes, das Ziel der Blocküberwindung, der Verzicht auf ABC-Waffen und auch die Beziehungen zu den Entwicklungsländern.

Aber wir haben wenig gehört über die Hindernisse auf dem Weg zu dem Ziel der Beendigung der europäischen Teilung und über ihre Beseitigung. Wir vermissen besonders eine überzeugende Darstellung der Rolle der DDR bei den 2+4-Verhandlungen. Wir wollen nicht, daß hier Verhandlungstaktik offengelegt wird, aber wir hätten schon gerne nähere Vorstellungen gehört zu Prinzip und Kriterien dieser Verhandlungen und den Widersprüchen, die sich gegenüber anderen Positionen ergeben.

Es gibt - so hoffe ich - in diesem Haus eine Mehrheit, die der Ansicht ist, die Deutschen sollten ihre Souveränität erlangen, um sodann einen Teil von ihr mit dem Ziel der Herstellung übernationaler integrierender Institutionen wieder abzugeben. Die deutsche Vereinigung soll als Initialzündung für die europäische dienen. Sie soll die Brücke zwischen NATO und Warschauer Vertrag bauen und zu den Institutionen der KSZE hinleiten. Dieser Weg führt über die 2 + 4-Verhandlungen. Sie sind gegenwärtig das wichtigste Instrument, um der Verschiebung des Gleichgewichts zugunsten der NATO entgegenzuwirken.

Wenn die Blöcke überwunden werden sollen, was die Regierung mehrfach auch als ihr Ziel dargestellt hat, ist es nötig, von der Gleichberechtigung von NATO und Warschauer Vertragsstaaten auszugehen. Beide müssen sich qualitativ verändern, müssen von militärischen in politische Bündnisse umgewandelt werden. Hier gebrauchte der Ministerpräsident die Formulierung: Sie müssen einen vorrangig politischen Charakter erhalten. Das ist mir zu ungenau. Ich möchte gerne wissen, was ich darunter zu verstehen habe. Wir meinen: vollständig in politische Bündnisse umwandeln.

Die WVO ist auf diesem Wege vorangekommen, wenn auch nicht ganz freiwillig. Die NATO sollte der Entwicklung des letzten Jahres in Ost- und Mitteleuropa endlich Rechnung tragen. Die Deutschen sollten in Ost und West die militärische Integration in WVO bzw. NATO aufgeben, die politische Integration aber beibehalten.

Die DDR muß vor der Vereinigung die Unterstellung ihrer Streitkräfte unter das Oberkommando der WVO beenden. In einem adäquaten Schritt muß die BRD das NATO-Truppenstatut sowie den Wartime-Host-Nation-Support aufkündigen. Der letztere würde nämlich auf dem Gebiet der heutigen DDR befindliche Territorialverbände im Krisenfall oder bei Mobilmachungen und ähnlichem in die NATO integrierbar machen.

Seit einiger Zeit haben wir die Frage gestellt, was das ist, die NVA-Territorialarmee, und welche Aufgaben sie hat. Wir haben das auch heute nicht gehört, auch nicht vom Minister Eppelmann. Es konnte uns bisher noch niemand sagen, gegen wen sie uns eigentlich verteidigen soll. Wir hören verschiedene Äußerungen, offenbar soll sie in Ermangelung eines richtigen Feindbildes nun eine aktiv friedensfördernde Rolle spielen, die Luft- und Seehoheit soll sie kontrollieren, die Schmuggler auf der Ostsee aufspüren, bei Katastrophen helfen und Aufgaben im Umweltschutz übernehmen. Folgen den Kampfliedern nun fromme Gesänge?

(Vereinzelt Heiterkeit)

Eine politische Integration der Deutschen in beide Bündnisse wäre für einen Übergangszeitraum also akzeptabel, eine militärische keineswegs. Wesentliches Ziel sollte es sein, die Nichtangriffsfähigkeit der zukünftigen deutschen Armee zu erreichen. Dazu müßten beide Armeen im Verlaufe weniger Jahre um zwei Drittel reduziert sein, das heißt auf etwa 200 000 Mann, von denen maximal 50 000 auf dem Territorium der ehemaligen DDR stehen könnten.

Noch ein Wort zum Truppenabzug: Es werden leider keine Termine angegeben. Bei Wahlterminen fällt es immer sehr leicht, da ist man mit den Terminen sehr schnell bei der Hand, in diesem Falle leider nicht.

Ich möchte jetzt von diesen militärischen noch zu einigen zivilen Aspekten kommen: Die deutsche Vereinigung soll nicht nur der Abrüstungs- und Entspannungspolitik neue Impulse verleihen, sondern auch der europäischen wirtschaftlichen Kooperation und Integration, deren Ausgangspunkt die Institutionen und Standards der Europäischen Gemeinschaft sind.

(Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist leider abgelaufen.)

Ich bitte Sie, mir noch eine kurze Zeit zu gewähren.

(Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl: Nur ganz kurz, bitte.)

Es geht darum, daß die Dominanz einiger weniger Länder abgebaut werden soll, und wir sind der Meinung, daß es insbesondere um die Verantwortung gegenüber Osteuropa geht. Wir müssen zu den RGW-Staaten bessere Beziehungen entwickeln. Das ist gesagt worden. Es gibt aber momentan gegenläufige Tendenzen, die sich in nicht eingehaltenen Handelsverträgen gegenüber der CSFR zeigen.

Da gibt es also Berichte von der tschechischen Botschaft über stormierte DDR-Importe. Wir müssen das genauestens überprüfen, und ich denke, man muß sehr aufmerksam sein, daß die 200 Millionen Transferrubel, von denen jetzt schon die Rede ist, sich nicht noch weiter erhöhen.

Ich möchte abschließend eine Bemerkung zum außenpolitischen Dilemma machen, das durch den überhasteten Abschluß eines zweiten Staatsvertrages oder Vertrages zur Einheit entsteht. Machen beide deutsche Staaten auch diesmal, wie schon im ersten Vertrag, keine Aussagen zu den internationalen Auswirkungen der deutschen Vereinigung, so würde das neue Verunsicherung und berechtigtes Unverständnis bei den Völkern